

„WAS SCHEREN UNS DIE DA OBEN IN STRAßBURG?“ – EIN EUROPA-EXKURS

Ein Ergebnis der Europawahl im Juni diesen Jahres steht wohl schon fest: Die Wahlbeteiligung wird wieder sehr gering ausfallen. Seit der ersten Europawahl vor 25 Jahren geben immer weniger Menschen ihre Stimme ab. Vor allem junge Menschen bleiben der Wahl fern. Laut des aktuellen Eurobarometers – einer regelmäßigen Meinungsumfrage der Europäischen Kommission in den EU-Mitgliedstaaten – glauben mehr als die Hälfte aller 15 – 24jährigen, dass ihre Stimme in der EU nichts zähle.

Zu den Gründen für das Desinteresse gehört mit Sicherheit die schwierige Vermittelbarkeit (und schlechte Vermittlung) der Arbeitsfelder des Europäischen Parlaments. Zudem sehen viele EU-Bürger und Bürgerinnen keine direkte Verbindung zu sich und ihrem Leben. Hinzu kommt, dass dem Parlament prominente Persönlichkeiten fehlen, die das Interesse der Medien auf sich ziehen könnten.

Neben einem geringen Interesse weht der EU so manche Kritik entgegen: Mit ihren undurchsichtigen Strukturen wird sie von vielen Gegnern als ineffizientes Großgebilde gesehen, das bestenfalls in der Lage ist, Gurkenreglementes, Biergesetze und Kondomvorschriften zu erarbeiten. Unterschiedliche nationalstaatliche Interessen und Befindlichkeiten führen oft zu Kompromissentscheidungen. Zwar wurden im

Vertrag über die Europäische Union die gemeinsamen Grundsätze der Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit ausdrücklich festgehalten, jedoch werden sie nicht immer umgesetzt. Um ein Beispiel zu nennen: Es gibt bisher keinen effektiven Rechtsschutz für Asylsuchende gegen menschenrechtswidrige Zurückweisung durch Grenzpatrouillen auf See. Bisher konnte keine Einigung über den Verbleib dieser Flüchtlinge getroffen werden.

Gegründet wurde die erste europäische Gemeinschaft 1951 und seitdem haben sich Strukturen, Aufgaben und Mitgliederzahl kontinuierlich erweitert. Als Zusammenschluss demokratischer Staaten, die sich die „Wahrung des Friedens und das Streben nach Wohlstand“ auf die Sternenflagge geschrieben haben, hat die EU die Zeiten der Krisen und Kriege hinter sich gelassen. In diesem Sinne ist die EU-Geschichte eine Erfolgsgeschichte. Besonders die Bundesrepublik profitierte davon, Teil des Integrationsprozesses zu sein – ebnete er ihr doch nach dem zweiten Weltkrieg den Weg zurück ins „zivilisierte Lager“ und zu freundschaftlicher Annäherung an die Nachbarstaaten. In Deutschland ist Regieren schon lange keine rein nationalstaatliche Angelegenheit mehr. Die Gestaltung der bundesrepublikanischen Politikfelder befindet sich mitten in einem fortlaufenden Europäisierungsprozess - die EU-Politik gewinnt



Foto: Archiv BujW

darin immer mehr Einfluss. Zu Beginn beschränkte die EU ihre Aufgaben auf eine gemeinsame Agrar-, Atom- und Wirtschaftspolitik. Mittlerweile sind die nationalen Regierungen bestrebt auch weitere Zuständigkeiten auf die Union zu übertragen, beispielsweise im sozialen, juristischen und außenpolitischen Bereich. Nach den Erweiterungen der letzten Jahrzehnte geht es nun vor allem um eine Vertiefung – also um die umstrittene Verfassung. Dies ist die große Aufgabe der nächsten Jahre.

Dass auch sozialpolitische Inhalte langsam auf die Tagesordnung kommen, zeigt die Beschäftigung mit dem Thema „Kinderrechte“. Wurden diese anfänglich als Projekt der Vereinten Nationen für Kinder in großer Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern wahrgenommen, so wird heute auch deren Bedeutung für Europa verstanden. Weil viele auf EU-Ebene getroffene Entscheidungen und Maßnahmen direkten oder indirekten Einfluss auf das Leben junger Menschen haben, verstärkten die europäischen Institutionen in den letzten Jahren ihr Engagement für die Umsetzung der Ziele zur Kinderrechtskonvention. Die EU-Kommission möchte „den Kinderrechten zu einer Vorrangstellung in der internationalen Politik verhelfen, und sich dafür einsetzen,



Zu Besuch im Europäischen Parlament während des Fachkräfteaustauschs Francas-Jugendwerk

Foto: Archiv BujW